

Antrag GO

Antragsteller: Felix Pahl

Der Bundesparteitag von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG am 26. November 2017 in Karlsruhe möge die Geschäftsordnung des Bundesparteitags am 27. August 2017 in Köln übernehmen, mit folgenden Änderungen in den Absätzen 9c) bis 9f):

- c) Redebeiträge sind in der Regel auf anderthalb Minuten begrenzt. Die Begrenzung kann auf Antrag geändert oder aufgehoben werden.
- d) Vor Abstimmung eines Antrags sind in der Regel ein Redebeitrag für den Antrag, dann zwei Redebeiträge gegen den Antrag und dann ein weiterer Redebeitrag für den Antrag vorgesehen. Die Quotierung gemäß Absatz 9a) wird auf die Redebeiträge für und gegen den Antrag getrennt angewandt. Wünscht nur eine Person für bzw. gegen den Antrag zu sprechen, so kann sie beide Redebeiträge halten. Anschließend kann auf Antrag die Aussprache nach dem gleichen Verfahren erneuert werden.
- e) Die Versammlung kann auf Antrag beschließen, eine von Absatz 9d) abweichende Anzahl oder Abfolge von Redebeiträgen vorzusehen.
- f) Wollen mehr Anwesende ihr Rederecht ausüben, als Redebeiträge zugelassen sind, so können auf jeder der getrennt geführten Redelisten diejenigen einen Redebeitrag halten, die bisher im Laufe des Parteitags die wenigsten Redebeiträge gehalten haben. Unter Redner/innen mit gleicher Anzahl von Redebeiträgen wird per Losverfahren entschieden. Dabei ist sicherzustellen, dass mindestens die/der Antragsteller/in einen Redebeitrag für den Antrag halten kann.

Gelöscht: 3

Gelöscht: <#>Auf Antrag kann die Anzahl der bei einer Aussprache zugelassenen Redebeiträge begrenzt bzw. die Begrenzung aufgehoben werden.¶

Gelöscht: mindestens

Gelöscht: und ein Redebeitrag

Gelöscht: zuzulassen

Gelöscht: haben Mitglieder Vorrang vor Beweger/innen.

Gelöscht: Priorität

Gelöscht: , wobei, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, abwechselnd von den getrennten Redelisten gelöst wird.¶
Bei Anwendung des Losverfahrens vor der Abstimmung eines Antrags werden Redebeiträge für und gegen den Antrag getrennt abwechselnd gelöst

Begründung:

Die Geschäftsordnung des Bundesparteitags am 27. August 2017 in Köln hat sich im Wesentlichen bewährt. Das Papiertiger-Team schlägt einige Änderungen in Bezug auf die Struktur der Redebeiträge vor. Die Ziele sind dabei, in den Debatten möglichst viele Stimmen zu Wort kommen zu lassen, den Befürworter*innen und Gegner*innen eines Antrags möglichst ähnliche Gelegenheiten zu geben, aufeinander zu reagieren, und die Redebeiträge zu quotieren.

Dazu schlagen wir vor, die bisher in der Regel vorgesehene Redezeitbegrenzung von drei Minuten auf anderthalb Minuten zu halbieren und dafür in der Regel doppelt so viele Redebeiträge zuzulassen, also zwei für und zwei gegen den Antrag. Wenn nur eine Person für bzw. gegen den Antrag sprechen möchte, kann sie beide Redebeiträge halten (und hat damit wie beim letzten Mal 3 Minuten Zeit); aber wenn verschiedene Leute auf derselben Seite der Debatte verschiedene Aspekte einbringen wollen, ist auch das möglich.

Durch diese Aufspaltung der Redebeiträge ist es auch möglich, sie so anzuordnen, dass beide Seiten aufeinander eingehen können: Es soll erst ein Redebeitrag für den Antrag kommen, in dem der Antrag vorgestellt und begründet werden kann, dann zwei Redebeiträge gegen den Antrag, in dem Gegenargumente vorgebracht werden können, und dann ein weiterer Redebeitrag für den Antrag, der auf die Gegenargumente eingehen kann.

Natürlich ist auch das nicht perfekt fair; irgend jemand wird immer das letzte Wort haben. Es ist aber ausgeglichener als zwei einzelne Redebeiträge, bei denen die eine Seite gar keine Gelegenheit hat, auf die Argumente der anderen einzugehen. Wenn weiterer Diskussionsbedarf besteht, kann die Debatte zudem auf Antrag verlängert werden.

Ein weiterer Vorteil der neuen Regelung ergibt sich in Bezug auf die Quotierung. Bei je einem Redebeitrag für und gegen den Antrag kann man kaum festlegen, dass sie von verschiedenen Geschlechtern gehalten werden müssen; die zwei Redebeiträge pro Seite können dagegen normal quotiert werden.